

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsführer:
Erich Ehringhaus, Berlin.
Telefon: Amt 5500/5100/5100



Stützpunkt für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin G20 61, Zoltz-Straße-Diak 6
Telefon: Amt 5500

Die Geschäftung erfolgt im Geschäftsvertrage.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zustimmung des Verlegers zu veröffentlichen.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zustimmung des Verlegers zu veröffentlichen.

Berlin, den 21. Okt. 1932.

Die ewigen Spalter.

Int. Institut
für Geschichtswissenschaften
Amsterdam

Heinz Neumann kaltgestellt - Fort mit den Stützen der Reaktion.

SPD. Die Kommunistische Partei hat eine Tagung ihrer zentralen Körperschaften abgehalten. Auf dieser Tagung wurde der langjährige tatsächliche Führer der Kommunistischen Partei Heinz Neumann zum alten Eisen geworfen. Die "Rote Fahne" berichtet darüber:

"Durch einstimmigen Beschluss verurteilte die Konferenz den Genossen Heinz Neumann und einige andere Genossen, die auf Grund ihrer politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht hatten."

Die Kommunistische Partei will also ihre "revolutionäre Massenpolitik" verstärken. Was dies bedeutet, hat in dem Bannstrahl gegen Heinz Neumann sinnfälligen Ausdruck gefunden. Heinz Neumann war der Mann des Bündnisses zwischen Stahlhelm und Kommunisten im Volksbegehren gegen die Preussenregierung. Getrieben von Hass gegen die Sozialdemokratische Partei hatte er sich damals mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse, mit den deutschen Faschisten verbündet, um einen Stoss gegen die Demokratie zu führen. Er hat befehlsgemäß alles durchprobiert und durchgeführt, was von Moskau aus befohlen wurde, ohne Rücksicht auf die Lage der deutschen Arbeiterklasse und auf die Notwendigkeit ihres Kampfes. Er war einer der getreuesten Lakaien Stalins, dessen Wünsche für ihn Befehl waren. Dieser Mann erhält jetzt einen Fusstritt. Bedeutet das, dass die Kommunistische Partei in vernünftige Bahnen einzulenken gedenkt? **Mitnichten!**

Die verbrecherische Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie ist ersetzt worden durch die völlig gleichwertige Parole: Der Hauptschlag gilt der Sozialdemokratie! "Revolutionäre Massenpolitik" bedeutet in der Sprache der Kommunistischen Partei Fortsetzung der Spaltung der Arbeiterbewegung mit verstärkten Mitteln! Heinz Neumann hat einen Fusstritt erhalten, weil er sich von seiner eigenen Politik abwenden wollte. Selbst diesem Manne, einem der unbedenklichsten Kommunisten, war es nach dem Sturze Brüning's aufgegangen, dass die deutsche Arbeiterklasse in eine entscheidend geschichtliche Situation, in einen Kampf von ausschlaggebender Bedeutung eintritt. Er hat im Regime Papen das Akutwerden der Gefahr des deutschen Faschismus gesehen und hat deshalb eine Wendung des Kurses der Kommunistischen Partei durchführen wollen. An die Stelle der Parole "Einheitsfront von unten", unter der sich der Wille zur Spaltung und Zerstörung der Sozialdemokratie nur notdürftig verbirgt, wollte er die Parole "Einheitsfront von unten bis oben" setzen. Vielleicht wäre bei solcher Wendung des Kurses der Kommunistischen Partei der Graben zwischen der Sozialdemokratie und der KPD schmaler geworden. In einer solchen Wendung hätte eingeschlossen ein Geständnis der schweren politischen Fehler

der Kommunistischen Partei gelegen. Aber eine kämpfende Arbeiterbewegung ist kein Ketzerkonzil, es geht nicht darum, einander Fehler vorzurechnen und Geständnisse abzulegen. Es geht darum, im Kampfe die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Der Graben, der die Sozialdemokratie von der KPD trennt, ist breit und tief. Eine Milderung der Gegensätze der feindseligen Gefühle, die Herbeiführung anständiger und wahrhaftiger Kampfformen hätte in der gegenwärtigen Situation der deutschen Arbeiterklasse schon einen Gewinn bedeutet!

Aber im Zusammenhang mit der neuen Ketzerriecherei, die Stalin in Russland durchgeführt hat, wurde auch eine neue Ketzerverbrennung in Deutschland angeordnet. Heinz Neumann ist als Ketzer verbrannt worden, weil er gegenüber dem Vordringen der Reaktion und des Faschismus einige lichte Augenblicke gehabt hat! Die Kommunistische Partei darf auf Befehl keine Milderung der Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und KPD herbeiführen. Sie muss weiter an der Vertiefung der Spaltung und Zersetzung der deutschen Arbeiterbewegung, an der Schwächung ihrer Kampfkraft, gegen den Faschismus arbeiten!

Der Beschluss, den die zentralen Körperschaften der Kommunistischen Partei gefasst haben, bedeutet deshalb in Wahrheit eine Schwächung der Massenspolitik der deutschen Arbeiterschaft gegenüber der Reaktion! Die Thälmann und Genossen haben sich als noch grössere Lakaien Stalins erwiesen, als es Heinz Neumann einstmals gewesen ist. Hirnlos und sinnlos betreiben sie weiter das verbrecherische Geschäft, der deutschen Reaktion Bundeshilfe zu leisten, indem sie die Sozialdemokratische Partei mit einer Flut von giftgeschwollenen und hasserfüllten Angriffen überschütten. "Nun erst recht Spaltung!" - das ist ihre Parole!

Wir stellen dem gegenüber den festen Willen zur Einheit der kämpfenden Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Reaktion. Wir rufen alle Arbeiter auf, am 6. November der Fahne der Sozialdemokratie zu folgen. Es gilt, das Recht des arbeitenden Volkes, die demokratische Freiheit und die sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Fort mit den Spaltern, seid einig gegen die Reaktion!

SPD. Braunschweig, 21. Oktober (Eig. Dr.)

Der Koch der SA-Führerschule in Kreiensen, der den SA-Mann Fritz Lampe aus Hannover erschossen hat, wurde vom Amtsgericht Greene wegen fahrlässiger Tötung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach einem früheren Erlass Hitlers soll jeder aus der NSDAP ausgeschlossen werden, der mit einer Waffe in der Hand betroffen wird. Aber fast sämtliche Mitglieder der SA des Freistaates Braunschweig sind nach wie vor mit Waffen ausgerüstet, ohne dass sie deshalb aus der Hitler-Partei ausgeschlossen würden.

SPD. Was ist mit der Regierung Papen? Wie Pilze schiessen im Blätterwald die Gerüchte hoch und wollen wissen, dass sich die Schatten der Nacht bereits über das "autoritäre und gottgewollte" Kabinett zu senken beginnen.

Selbst in einigen der Wilhelmstrasse sehr nahestehenden Zeitungen wird von "Umgruppierung" gesprochen und von der "Bildung neuer Fronten". Andere Zeitungen verzeichnen das Gerücht, dass zum Zwecke der Bildung der neuen Fronten Besprechungen zwischen massgebenden politischen Persönlichkeiten bevorstehen. Als Unterhändler werden Schleicher, Strasser und Brüning genannt.

Wir nehmen von diesen Gerüchten Kenntnis. Manches spricht dafür, aber mehr dagegen. So viel Anhaltspunkte auch dafür vorhanden sind, dass die Regierung der Papen-Barone zu wanken droht, so wird die Entscheidung über ihren Tod nicht vor den Reichstagswahlen fallen.

SPD. Braunschweig, 21. Oktober (Eig. Dr.)

Den Nazis sind die aufsehenerregenden Enthüllungen über die jahrelangen Verbrechen der verhafteten höheren Eisenbahnbeamten, die North und Neth, außerordentlich unangenehm. Man möchte deshalb ihre Zugehörigkeit zur Nazi-Partei abstreiten. Der sozialdemokratische "Volksfreund" weist jedoch nach, dass beide Verhafteten stramme Nazis sind, die in ihrer berüchtigten Bahnpolizei nur organisierte Nazis duldeten.

In seiner Freitag-Ausgabe schildert der "Volksfreund" ausführlich Art und Weise wie die Verbrecher zu Werke gingen. Neth hat sich aktiv an den Verbrechen beteiligt, während North mehr als der Anstifter zu gelten hat. Als die Attentate sich häuften, erhielt der Leiter der braunschweigischen Bahnpolizei aus allen Reichsbahndirektionsbezirken die besten Kräfte zur Unterstützung. Insgesamt waren etwa hundert Leute ständig zur Aufklärung der Attentate unterwegs. Trotzdem wusste Neth immer neue Anschläge zu begehen. Er kommandierte die Verstärkung einfach in die Wärterbude und hielt sie durch Telefonanruf so lange fest, bis er mit einigen wenigen Vertrauten an unbewachten Stellen das neue Attentat ausgeführt hatte. Immer wieder stellte sich heraus, dass nur Fachleute und genaue Kenner der Anlagen die Verbrechen begangen haben konnten.

SPD. Hannover, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Urteil, das allem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, wurde vom hannoverschen Gericht gegen drei Reichsbannerleute gefällt. Die Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Reichsbannerleute waren wegen Landfriedensbruch angeklagt, weil sie bei einem Tumult, der von Nazis in Hannover-Linden provoziert worden war, zugegen waren. Auch die gegnerischen Zeugen bekundeten fast übereinstimmend, dass der angeklagte Führer des Reichsbanners alles getan habe, um Zusammenstöße zu vermeiden. Von einem Polizeiobewachtmeister wurde dieser Führer sogar aufgefordert, dafür zu sorgen, dass nichts passiere, nachdem ihm das Zeugnis ausgestellt worden war, dass er sich sehr vernünftig verhalten habe. Trotzdem wurde auch er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt gab selbst zu, dass der Führer seinen Einfluss geltend gemacht habe, um die gegen die Nazis vordringende Menge zurückzuhalten. Dann sagte er wörtlich: "Die Angeklagten haben es ihrer Dummheit zu verdanken, dass sie auf der Anklagebank sitzen. Sie haben sich selber der Polizei zur Aufklärung der Sache zur Verfügung gestellt."

Gegen das Urteil ist Revision eingelegt.

SPD. In jüdischen Kreisen wird z.Zt. lebhaft die Frage erörtert, wem man am 6. November seine Stimme geben soll. Es gibt viele Juden, die angesichts des Niedergangs der Staatspartei und angesichts der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten allen Ernstes die Parole Hugenberg ausgeben.

Die Herrschaften verkennen, dass sich die Deutschnationale Volkspartei offiziell zum Antisemitismus bekennt. In den Satzungen der Partei wird über den Erwerb der Mitgliedschaft ausdrücklich gesagt: "Juden sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen." Demgemäss haben die Deutschnationalen in den Parlamenten stets für die antisemitischen Anträge der Nationalsozialistischen Partei auf Entrechtung der jüdischen Staatsbürger gestimmt. In den Städten, wo die deutschnationale Presse die Anzeigen der jüdischen Geschäftsleute nicht gern entbehren möchte, ist man noch einigermaßen zurückhaltend. Um so unverhüllter trägt man die antisemitische Gesinnung aber auf dem Lande zur Schau, wo in Zeitungen und Flugschriften der politische Gegner besonders gern in der bekann-

ten Verzerrung jüdischen Aussehens gezeigt wird.

Wenn die jüdischen Kapitalisten bei der bevorstehenden Wahl den Deutschen ihre Stimme geben wollen, so folgen sie zweifellos dem Zuge ihres Herzens. Sie sehen ihre kapitalistischen Interessen am besten bei den Deutschen gewahrt. Ausserdem haben sie wohl aus der Geschichte gelernt, dass bei Krawallen und Pogromen gegen die Juden zwar einige kleine Schächer zuschaden gekommen sind, dass aber den Rothschild, Oppenheimer und Bleichröder noch niemals ein Haar gekrümmt wurde. Sie verweisen ferner auf den italienischen Faschismus, der mit den reich gewordenen Juden im besten Einvernehmen lebt, und sie vertrauen wohl nicht mit Unrecht darauf, dass auch Herr Hitler seinen Frieden mit dem jüdischen Kapital schliessen wird, wenn er zur Macht kommen sollte.

Wie steht es aber mit dem anderen Teil der deutschen Juden, der kein kapitalistisches Interesse hat? Die Annahme ist nämlich falsch, dass es in Deutschland nur reiche Juden gebe. Vielmehr gehört die Mehrzahl der deutschen Juden dem proletarisierten Mittelstande an, sehr viele sind kleine Handwerker, Angestellte und Arbeiter, also reine Proletarier. Nicht wenige unter ihnen haben bereits den Weg zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ihrer andersgläubigen oder freidenkenden Klassengenossen gefunden, andere fühlen sich mit ihren besser gestellten Glaubengenossen nur noch durch die Religionsgemeinschaft und durch die Angriffe des Antisemitismus verbunden. Diese Schicht der jüdischen Wähler wird natürlich nicht für die Deutschen stimmen. Aber welcher Partei soll sich am 6. November ihre Neigung zuwenden?

Die Sozialdemokratische Partei ist weder philosemitisch noch antisemitisch. Sie buhlt nicht um die Stimmen der Juden. Aber sie erklärt, dass niemand wegen seines religiösen Glaubens oder seiner freidenkerischen Gesinnung in seinen politischen und sozialen Rechten geschädigt werden darf. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller Unterdrückten, gleichviel welcher Rasse oder welchem Bekenntnis sie angehören. Und die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeiterklasse, die im Kampfe gegen das Kapital, mag es sich in christlichen oder jüdischen Händen befinden, den Aufstieg der arbeitenden Menschheit zu einer höheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung durchsetzen will. Und auch die heutige wirtschaftliche Krise wird nicht im Kampfe gegen das Judentum, sondern gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden.

SPD. Kreuzburg, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Kreuzburger Naziprozess ist man gegenwärtig bei der Beweisaufnahme.

Zunächst hörte das Gericht die bei dem brutalen Ueberfall in Bischdorf verletzten Führer der Eisernen Front, den Stahlhelmführer Kämpf aus Kreuzburg sowie mehrere Landjäger als Zeugen. Die Bekundungen der Zeugen fielen, wie nicht anders zu erwarten war, recht widerspruchsvoll aus. Während Reichsbannersekretär Musiol und Landarbeitersekretär Olbrich, die Einberufer und Redner der Versammlung vom 14. Februar, die Vorgänge ausserordentlich wirkungsvoll in ihrem tatsächlichen Verlauf schilderten, zeigte sich der Stahlhelmführer sekundiert von den Naziverteidigern offensichtlich bemüht, dem Gericht zu beweisen, dass insbesondere Musiol leichtfertig mit seiner Waffe umgegangen sei und sich dadurch hauptschuldig an den Zusammenstössen gemacht habe. Zugeben musste Kämpf jedoch, zu seinen Kameraden folgende, zum gewaltsamen Vorgehen gegen Musiol aufreizende Bemerkung gemacht zu haben: "Gebt mir einen Knüttel her. Das Aas schlag ich alleine tot." Er will diese Worte allerdings in der Erregung gebraucht haben, nachdem er angeblich von dem Reichsbannerführer angeschossen worden sei. Der Nebenkläger Musiol wies diese Verdächtigung sofort zurück und erklärte nachdrücklich, dass er nicht auf Kämpf geschossen habe. Die Landjäger äusserten, dass von den Nationalsozialisten und

Stahlhelmlenten schon zu Beginn der Versammlung masslos auf die Eiserne Front geschimpft worden sei. Auf die Zulassung einer Aussprache hätten sie aber trotzdem gedrängt, da die Kundgebung nach ihrer Auffassung einen öffentlichen Charakter gehabt habe. Im Gegensatz zu dieser Annahme der Landjägerbeamten steht jedoch die Tatsache, dass die Bischdorfer Versammlung beim Amts vorsteher seinerzeit vom Nebenkläger Olbrich als nur für Parteigenossen, Gewerkschaftler und Arbeitersportler bestimmt angemeldet worden war.

Die Angeklagten, die in voller Uniform in ihren Bänken hockten, legten während der Verhandlung unüberbietbare Frechheit an den Tag. Einzelne der blutjungen Naziburschen lachten bei der Aussage Musiols auf und unterbrachen dessen Bekundungen fortgesetzt mit zynischen Witzeleien. Nach einem energischen Protest des Staatsanwalts riss dem ausserordentlich nachsichtigen Vorsitzenden schliesslich die Geduld. Er hielt den Angeklagten entgegen, dass sie dumme Jungen seien, die von ihren Führern missbraucht würden und aufgehetzt worden seien, vor Gericht ein herausforderndes Benehmen zu zeigen. Der Stahlhelmführer Kämpf liess sich ebenfalls zu Ausfälligkeiten hinreissen und bezeichnete den Nebenkläger Musiol in provozierendem und beleidigendem Ton vor Gericht als "Kerl".

Im Verlauf der Beweisaufnahme werden noch etwa 70 - 80 Zeugen vernommen werden.

SPD. Wien, 21. Oktober (Eig. Draht.)

In der Freitag-Sitzung des Nationalrats, in der über das sozialdemokratische Misstrauensvotum gegen die Regierung Dollfuss und über die Festsetzung des Termins für Neuwahlen in Österreich abgestimmt wurde, war das Parlament ein Schauplatz wüster Szenen, wie sie das Haus seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hat. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein christlichsozialer Antrag, die Neuwahlen im Frühjahr stattfinden zu lassen.

Am Vormittag gab Bundeskanzler Dollfuss, der in der Donnerstag-Sitzung einer Antwort auf das sozialdemokratische Misstrauensvotum ausgewichen war, einige belanglose Erklärungen ab. Anschliessend sprach der neuernannte heimwehr-faschistische Sicherheitsminister Fey. Er hielt seine Erklärung ganz im Tone eines monarchistischen Innenministers aus dem vorigen Jahrhundert und behauptete, die österreichische Verfassung habe nur das Vorrecht der Geburt, des Geschlechts und der Klasse abgeschafft, nicht aber die Gleichheit der Parteien vor dem Gesetze festgelegt. Er habe daher das Recht gehabt, den Oppositionsparteien das Aufmarschrecht und das Demonstrationsrecht zu nehmen und es den Regierungsparteien zu lassen. Diese Erklärung löste grosse Unruhe unter den Sozialdemokraten aus, die den Sicherheitsminister wiederholt mit Zwischenrufen unterbrachen. Otto Bauer rief: "So ein Minister ist eine Schande für die Republik!" Darauf antwortete Bundeskanzler Dollfuss von der Ministerbank aus: "Sie, Herr Bauer, sind ja ein Bolschewik!" Auf diese Äusserung hin ging Bauer zu Dollfuss, Dollfuss sprang auf und rief zum Präsidenten: "Herr Bauer hat mich soeben einen Gesinnungslumpen genannt!" Aus dem stenographischen Protokoll wurde dann festgestellt, dass diese Behauptung unwahr ist und dass Bauer das Wort "Gesinnungslump" nicht gebraucht hat. Es entstand aber auf den Ruf des Bundeskanzlers hin ein wüstes Durcheinander im Saal. Der Heimwehr-Abgeordnete Lichtenegger ergriff ein Tintenfass und warf es mit ungeheurer Wucht gegen Bauer. Das Fass schlug knapp neben Bauer auf und zerbrach, während die Tinte im Saal umher spritzte. Lichtenegger nahm dann ein zweites Tintenfass und warf es in der Richtung gegen Bauer. Es flog knapp am Arm des sozialdemokratischen Abgeordneten Dannebert vorbei. Nun sprangen die sozialdemokratischen Abgeordneten von ihren Sitzen auf. Die Sitzung ging in einem wüsten Lärm unter und die Sozialdemokraten stürzten nach der Mitte des Saales, um den faschistischen

Rohling zu züchtigen. In diesem Augenblick verliess Präsident Renner seinen Sitz und erklärte damit die Sitzung für unterbrochen. Der Saal wurde geräumt.

Um 3 Uhr nachmittags wurde die Sitzung wieder eröffnet. Die Nachmittags-sitzung verlief verhältnismässig ruhig. Gegen den sozialdemokratischen Antrag Neuwahlen für den 27. November auszuschreiben, wandte sich ein christlich-sozialer Antrag, der wünscht, dass die Neuwahlen für das Frühjahr 1933 ausgeschrieben werden. Unter ungeheurer Spannung wurde dann in den Abendstunden die Abstimmung vorgenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Auflösung des Hauses und Ausschreibung von Neuwahlen für den 27. November wurde mit 70 sozialdemokratischen und 8 grossdeutschen Stimmen gegen 83 Stimmen der Christlichsozialen, der Landbündler und der faschistischen Heimwehr abgelehnt. Der Antrag der Christlichsozialen, die Neuwahlen im Frühjahr 1933 abzuhalten, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Ebenfalls mit den Regierungsstimmen gegen die sozialdemokratischen und die grossdeutschen Stimmen wurde der Misstrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt.

SPD. In Berlin ist zwischen den Anhängern von Hugenberg und Hitler ein Plakatkrieg ausgebrochen. In den Versammlungen bewerfen sich die Brüder von Harzburg mit Bierkrügen, an den Litfassäulen mit Druckerschwärze. Zur Zeit wird der Streit um die "Mäuselöcher" öffentlich ausgetragen.

"Wer hat 1918 die Monarchie verraten und wer ist damals in die Mäuselöcher gekrochen?" fragt es in fetten Lettern. Hugenberg erklärt, die Nazis seien die Feiglinge gewesen, während Goebbels wütend auf die Schwarz-weiss-roten deutet. Das Publikum drängt sich in dichten Haufen um die Plakate und - lacht! Wie Heinrich Heine will es auch ihm bedünken, "dass sie alle beide stinken". Zum Ueberfluss ruft ein vom Hause Hohenzollern finanziertes Strassen-blättchen in Riesenzeilen: "Der Kaiser 1918 nicht geflohen!" und lehrt uns, dass der Heil den Kaiser zwar noch in Doorn sitzt, aber auf die Wiederkehr rüstet. Seine Güns zu erschmeicheln und die Futterkrippen, das ist der ganze Sinn der öffentlichen Disputationen zwischen den braunen und den schwarz-weiss-roten Häusern. Woraus die Republikaner und die Arbeiterschaft ersehen, was am 6. November gespielt und worum gewürfelt wird. Thron und Reaktion - oder Brot und Freiheit!

SPD. Königsberg, 21. Oktober (Eig. Dr.)
Das preussische Staatsarchiv in Königsberg hat die in den Publikumsräumen aufgestellte Büste von Otto Braun in das Beamtenstockwerk verbannt.

Es ist dem Ministerpräsidenten Otto Braun zu danken, dass das Staatsarchiv in einem der Neuzeit und der Benutzung entsprechenden Neubau untergebracht werden konnte. Die Leitung des Archivs und die wissenschaftlichen Benutzer waren darüber so erfreut, dass sie eine Büste von Otto Braun in den öffentlichen Hauptraum stellten, um damit dem Ministerpräsidenten ihre Anerkennung für die Förderung des Instituts auszudrücken. Braun hatte sich zu dieser Ehrung gewiss nicht gedrängt. Wenn sich die Archivleitung jetzt dessen schämt und nach dem Abgang von Braun die Büste verbannt, so glauben sich die Herren einen roten Rock bei den neuen Machthabern zu verdienen. Die Herren enthüllen aber nur ihren Charakter, vor dem jeder anständig denkende Mensch abrücken wird, mag er stehen wo er will.

SPD. Limburg, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

Mit der sehr geringen Strafe von zwei Monaten Gefängnis wurde ein Nazi-Wanderredner namens Bruckmann aus Bad Homburg von der grossen Strafkammer in Limburg verurteilt. Bruckmann hatte in zwei Naziversammlungen im Unterlahn-kreis den preussischen Innenminister Carl Severing in unverschämter Weise beschimpft.

Das Limburger Gericht hatte den Nazi-Bruckmann seinerzeit wegen seiner Unverschämtheiten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten hin hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Limburger Gericht zurück. Das Reichsgericht begründete diesen Beschluss mit dem mehr als originellen Hinweis, dass der Angeklagte seinem Bildungsstand nach gar nicht die Tragweite und den Inhalt seiner Behauptungen habe ermessen können. Unter dem Wort "Korruption" verstehe man, dass irgend etwas nicht in Ordnung sei. Die Ausdrücke "faules System" und "Schacher" könnten eine geschichtliche Betrachtungsweise darstellen. Es komme nicht darauf an, was der Redner sage, sondern wie es von den Zuhörern verstanden worden sei. Eine Beleidigung Eberts müsse ausscheiden, da das Landgericht hierüber keine Feststellung getroffen habe.

Der Vorsitzende des Limburger Gerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Lehr, machte in der neuen Verhandlung die für die Sorgfalt des Reichsgerichts ausserordentlich peinliche Feststellung, dass das Reichsgericht ein auf die Ebert-Beleidigung bezügliches Aktenstück übersehen habe... Der Angeklagte Bruckmann bestritt, Severing beleidigt zu haben, obwohl er das in der ersten Instanz zugegeben hatte. Der Staatsanwalt lehnte die Stellungnahme des Reichsgerichts ab und beantragte acht Monate Gefängnis, da jedes Kind hierzulande wisse, was unter den Ausdrücken, die der Angeklagte gebraucht hätte, zu verstehen sei. Der Angeklagte habe selbst gesagt, dass "Korruption" Bestechung sei.

Das Gericht hielt sich an die Entscheidung des Reichsgerichts gebunden, dass der Angeklagte seinem Bildungsstand nach gar nicht Tragweite und Inhalt seiner Beleidigungen habe ermessen können. Das milde Urteil von zwei Monaten Gefängnis erfolgte lediglich wegen übler Nachrede und öffentlicher Beleidigung. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, dass nur eine Gefängnisstrafe in Frage komme, da gegen die moralischen Qualitäten des Ministers Severing nicht das geringste bekannt geworden sei.

SPD. Hitler hat auf vier vollbedruckten Seiten seines Leibblattes einen offenen Brief an Papen geschrieben. Dadurch fühlen sich der Herr Reichskanzler und seine Regierung von ihren "jungen, nationalen und aufbauwilligen Kräften" so beleidigt und getroffen, dass sie eine amtliche Erklärung erlassen. Darin wird rund heraus erklärt, Hitler habe in seinem Brief dreimal "in vollem Umfang" die Unwahrheit gesagt, also er habe dreimal gelogen! Als wenn es die drei ersten Lügen des Oberosaf wären und seine drei letzten!

Zum Schlusse der Regierungs-erklärung heisst es wörtlich: "Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, dass Herr Hitler in seinem offenen Brief vom 20. Oktober unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Aussenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überlässt die Regierung dem deutschen Volke."

Derselbe Reichskanzler, der heute seinen Hitler derart vor dem Ausland als Schädling des deutschen Volkes hinstellt, dieser selbe Reichskanzler war es, der einst von Lausanne und in einer Rundfunkrede nach Amerika diesen Hitler und seine Bewegung als das neue grosse, aufbauwillige und wahre Deutschland vorstellte, das jetzt seinen Platz in Deutschland und in der Welt haben müsse. So sorgt Herr von Papen selbst dafür, dass das Ausland ihn richtig ein-schätzt.

SPD. Paris, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einer halbamtlichen Verlautbarung werden die Erklärungen, die Herriot nach den Informationen verschiedener Pariser Blätter über die Bezahlung der Kriegsschulden an Amerika vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer abgegeben hat, zwar nicht dementiert, aber gewissermassen als noch nicht endgültig hingestellt. Die Verlautbarung ist durch die Kommentare der ausländischen vor allem der amerikanischen Blätter veranlasst worden, in denen festgestellt worden war, dass Frankreich keine Handelsschuld an Amerika zu zahlen habe, da durch das Mellon-Berenger-Abkommen die Handelsschuld und die politische Schuld verschmolzen worden seien. Aus den Erklärungen Herriots hatten daher die amerikanischen Zeitungen den Schluss gezogen, dass Frankreich am 15. Dezember pünktlich seinen Zahlungen nachkommen werde, zumal es über ungeheure Goldvorräte verfüge. In der halbamtlichen Verlautbarung heisst es nun, dass das Schuldenproblem noch nicht geregelt sei, sondern Gegenstand weiterer Regierungsbesprechungen bilde. Im übrigen sei der stellvertretende Direktor der Staatsschuldenverwaltung nach London abgereist, um sich mit dem Leiter des englischen Schatzamts über diese Frage zu unterhalten.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig hatte den Reichskanzler dieser Tage öffentlich darauf aufmerksam gemacht, dass der Reichsregierung fünf Dispositionsfonds, die für die Presse in Betracht kämen, zur Verfügung stehen und nicht zwei, wie er im Klepper-Ausschuss des preussischen Landtags ausgeführt habe. Auf diese Feststellung hat jetzt der Staatssekretär in der Reichskanzlei mit einem Brief an Heinig geantwortet, in dem es heisst, dass er Heinigs Ausführungen keineswegs zustimmen könne. Wörtlich heisst es dann weiter :

"Für die Unterstützung der inländischen Presse, und nur um diese hat es sich im Untersuchungsausschuss gehandelt, kommen nur die von dem Herrn Reichskanzler genannten beiden Dispositionsfonds in Betracht. Weder der Fonds für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland, noch der Dispositionsfonds des Auswärtigen Amts "Geheime Ausgaben", noch der Dispositionsfonds des Reichswehrministeriums dürfen von rechts wegen mit der deutschen Presse irgend etwas zu tun haben. Das mag früher anders gehandhabt worden sein, ich kann Ihnen aber die Zusicherung geben, dass unter der jetzigen Reichsregierung keinerlei Mittel aus diesen Fonds der deutschen Inlandspresse zugeflossen sind oder zufließen werden."

"Das mag früher anders" gewesen sein.... Etwa zu der Zeit als Herr von Papen noch Aufsichtsratsvorsitzender der Germania war. Er hat zwar im Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags die Frage, ob ihm in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender Gelder zur Verfügung gestellt worden sind, mit einem glatten Nein beantwortet. Aber damit ist die Sache nicht erledigt. Wenn sich Herr von Papen immer wieder bemüht einen betonten Unterschied zwischen früher und heute zu machen, also zwischen der Zeit vor und nach seinem Regierungsantritt, dann ist es an der Zeit, der Öffentlichkeit einmal Herrn von Papen von früher und heute vorzustellen. Wir werden demnächst beginnen!

SPD. Paris, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die deutsche "Tomatenkommission" hat am Freitag-Nachmittag ihre Pariser Verhandlungen beendet und ist am Abend wieder abgereist. Ueber die Beratungen ist ein von den Franzosen und Deutschen gemeinsam ausgearbeitetes Communiqué ausgegeben worden, in dem es heisst :

"Die Vertreter der französischen Regierung haben erklärt, dass sie ange-

sichts der Tatsache, dass die französische Regierung selbst eine Politik der Einfuhrkontingentierungen durchführe, sich grundsätzlich nicht gegen ein gleiches deutsches Vorgehen wenden könnten. Sie haben indessen verschiedene Einwendungen vorgebracht, ohne die Höhe der Kontingente zu erörtern. Die deutsche Delegation hat erklärt, dass sie über diese Einwendungen ihrer Regierung Bericht erstatten würde."

Die erwähnten Einwendungen beziehen sich darauf, dass Frankreich die Ausführungen des Jahres 1931, die wegen der deutschen Sperrmassnahmen gegen Kartoffeln und Vieh sehr ungünstig waren, als Basis für die Festsetzung der deutschen Kontingente abgelehnt und eine günstigere Grundlage gefordert hat. Nach der etwas optimistischen Ansicht des Leiters der deutschen Delegation wird sich über die französischen Wünsche leicht eine Einigung erzielen lassen.

SPD. In Duisburg verurteilte das Sondergericht zwei Kommunisten wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung zu je zehn Jahren Zuchthaus. Tatbestand: am 15. August kam es in Buchholz zu einem Zusammenstoss zwischen Kommunisten und Nazis. Ein Nazimann und einige Polizeibeamte wurden verletzt.

In Essen hatten vor dem 31. Juli Kommunisten nationalsozialistische Zettelkleber überfallen und einen Nazimann misshandelt. Das Sondergericht verurteilte zwei Kommunisten zu sechs Monaten Zuchthaus bzw. sieben Monaten Gefängnis.

In Stolp hatte sich der Nazi-Abgeordnete des preussischen Landtags Czirniok wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. In einer deutschen nationalen Versammlung hatte der Angeklagte am 9. August eine Seltersflasche gegen den Vorstandstisch geschleudert, einen Deutschen am Kopf getroffen und verletzt. Urteil der Strafkammer: drei Monate Zuchthaus, umgewandelt in viereinhalb Monate Gefängnis. Der Verurteilte wurde sofort auf freien Fuss gesetzt.

SPD. Köln, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
In Godesberg wurden Flugblattverteiler der Eisernen Front von SA-Leuten beschossen. Einer der Ueberfallenen wurde durch einen Querschläger an der linken Hand erheblich verletzt.

SPD. Stockholm, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Das erste Urteil in der Prozesserie Kreuger I. ist am Freitag gefällt worden. Der im ehemaligen Kreugerkonzern tätige Revisor Anton Bandler ist wegen Vertrauensbruches und mehrfachen Vergehens gegen das Handelsgesetz zu 1½ Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

SPD. Aachen, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Der Schiessmeister der Grube Jakoba ist nun ebenfalls gestorben. Er ist das siebte Todesopfer der Grubenkatastrophe.

SPD. Paris, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Seitdem die Pläne der Regierung zur Beseitigung des Budgetdefizits bekannt sind, regnet es von allen Seiten Proteste. Die Beamtenverbände wenden sich gegen die beabsichtigten Gehaltskürzungen, die Industrie- und Handels-

verbände so wie der Nationalverband der Steuerpflichtigen gegen die neuen Steuern und die Anleihe. Der Vorstand des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft hat einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der erklärt wird, dass die Wiederaufrichtung der Finanzen nur durch eine Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben und nicht durch neue Steuern durchgeführt werden könne. Die übertrieben hohen Steuern müssten gesenkt werden, was die Geschäftstätigkeit beleben und das Vertrauen zu der Staatsführung wiederherstellen würde.

SPD. Brüssel, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Der Militärdienstverweigerer Seimones wird am Sonnabend früh auf freien Fuss gesetzt werden. Das darf als Ergebnis einer neuen Intervention einer Abordnung der Sozialistischen Partei, die am Freitag wieder mit den beiden zuständigen Ministern verhandelte, angesprochen werden.

Seimones, der seit drei Wochen im Hungerstreik stand und seit Freitag gewaltsam durch die Nase gefüttert wurde, um nicht Hungers zu sterben, befand sich bereits in einem sehr ernsten Zustand. Trotzdem wurde seiner Freilassung von militärischer Seite Widerstand entgegengesetzt. Der Vorwand musste erhalten, dass die zurückgetretene Regierung zu einem derartigen Schritt keine Befugnis habe und die Entscheidung über das Los Seimones der neuen Regierung überlassen werden müsse. Endlich gelang es aber am Freitag abend dem Drängen der Abordnung der Arbeiterpartei, die Regierung zu der humanen Entscheidung zu veranlassen.

SPD. Stockholm, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Das Nobelpreis-Komitee hat eine von 800 namhaften Autoren und Wissenschaftlern aller Erdteile unterzeichnete Petition erhalten, in der die Forderung ausgesprochen wird, den diesjährigen Nobelpreis für Literatur dem amerikanischen sozialistischen Schriftsteller Upton Sinclair zu verleihen.

SPD. Prag, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die tschechische Regierung ist am Freitag zurückgetreten. Das neue Kabinett wird von dem Agrarier Malypetr gebildet werden. Ihm wird als Aussenminister Benesch angehören. Die sozialdemokratischen Minister bleiben ebenfalls im Amt.

SPD. Breslau, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die Ermittlungen der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft über die zahlreichen Handgranatenanschläge, die im August d. J. von Nazi-Terrorgruppen in Schlesien verübt wurden, können als nahezu abgeschlossen gelten. Wie die Breslauer Justizpressestelle mitteilt, wurden im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen bis jetzt insgesamt 19 Mitglieder der Nazi-Partei, darunter ein Sturmbannführer, 3 Sturmführer, 3 Sturmgeldverwalter, 2 Truppenführer und 4 Scharführer verhaftet. Mit diesen Festnahmen haben 17 Terrorakte, die vorwiegend gegen linksgerichtete Personen oder Einrichtungen der Arbeiterbewegung gerichtet waren, ihre Aufklärung gefunden. Nach den Mitteilungen der Justizpressestelle hat es den Anschein, dass einige ebenfalls in jener Zeit vorgekommene Anschläge auf SA-Heime und Angehörige der NSDAP als Ablenkung von den eigentlichen Tätern verübt wurden.

SPD. Brüssel, 21. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Versuche de Broquevilles, eine neue Regierung zu konstituieren, haben bis Freitag abend noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Es haben sich insbesondere von christlich-demokratischer Seite Widerstände gegen die Ministerpräsidentschaft von Broqueville geltend gemacht und zwar hauptsächlich deshalb, da angenommen wird, dass Broqueville ein engeres Militärbündnis mit Frankreich schliessen will. Auf Drängen der französischen Regierung und im Hinblick auf die infolge des neuen deutschen Regierungskurses verschärfte internationale Lage wurde der belgischen Regierung nahegelegt, bestimmte Pläne zur Grenzverteidigung gemeinsam mit der französischen Militärleitung vorzubereiten. Gegen diese Pläne zeigen sich im Lager der christlichen Demokraten und auch anderer Katholiken Widerstände.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die Welt

Ein neues Alaska?

Radiumerzlager in Kanada - Die "Kupferberge" der Eskimos - Schatzgräber ziehen nach dem hohen Norden.

SPD. New-York, Mitte Oktober (Eig. Ber.)

Das riesige englische Dominion Kanada hat bei fast europäischer Grösse bis heute nur etwa 10 Millionen Einwohner. Nur die südlichen Gebiete sind planmässig besiedelt; die hier gelegenen von den Weizenfarmern besetzten Prärieprovinzen bilden den wirtschaftlichen Rückhalt des Landes.

Nur wenige kühne Männer sind tief in die Nordwest-Territorien vorgezogen, die bis an das nördliche Eismeer heranreichen - in jene Gegenden also, in denen bei den dort lebenden Eskimos und Indianern die Sage von den "Kupferbergen" umgeht. Diese Sagen haben eine sachliche Unterlage. Sachverständige Geologen bestätigen jetzt, dass es zwischen dem Grossen Bären-See und dem Krönungsgolf grosse Kupferlager gibt, ausserdem an der Oberfläche liegende Silberminen. Ebenso soll sich auf der Seeplatte Gold in ziemlich weiter Ausdehnung finden. Endlich wurden auch Petroleumvorkommen entdeckt und zwar weiter westlich bei Fort Norman am berühmten Mackenzie-Fluss.

Alle diese Entdeckungen würden vielleicht nicht so sehr alarmierend wirken, wenn nun nicht auch noch die Nachforschungen nach Radium von Erfolg gekrönt worden wären: in den beiden entsprechend geschürften Tonnen, die kürzlich im Flugzeug und per Dampfer nach Montreal und Ottawa gebracht wurden, fanden sich nicht weniger als 58 Prozent Uranium. Aus dem Uranerz wird aber das äusserst seltene und wertvolle Radium gewonnen. Der Wert der beiden eingeschickten Probetonnen wird mit ungefähr 30 000 Mark beziffert.

Nach dem Bekanntwerden des Fundes bildete sich sofort eine Expedition von 240 Männern, die an die Ausbeutung des festgestellten Radiumvorkommens gehen wollen. Ausserdem hat sich der Expedition eine Frau angeschlossen. Der Trupp lebt in einer Kolonie, die 1200 Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt liegt und auf ein Gebiet von etwa 25 Quadratkilometer verteilt ist. Die Erzgräber wohnen in Blockhütten und Leinwandzellen. Die notwendigen Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände werden ihnen aus den Industriestädten Kanadas durch Flugzeuge gebracht. Da aber die Transportkosten auf dem Luftwege für eine Tonne Waren mehr als 1500 Mark betragen, so ist das Leben dort oben sehr kostspielig: es gehört schon allerhand Betriebskapital dazu, um hier mit der Erringung eines neuen Reichtums beginnen zu können. Nachrichten werden durch Rundfunk empfangen: es gibt zwei Stationen; die eine wird durch die kanadische Regierung unterhalten, die andere von einer grossen Bergwerksgesellschaft, die sich bereits bedeutende Schürfrechte gesichert hat.

Ob sich die Ausbeute der Radiumerzlager so sehr lohnen wird, dass ein allgemeiner Rush einsetzt und ein neuer Kreuzzug der Schatzgräber durch Eis und Schnee sich an die Quellen des Reichtums heranzukämpfen versucht, lässt sich heute noch nicht sagen. Erschwerend fällt ins Gewicht, dass das neue Radiumland klimatisch kaum günstiger gelegen ist als das alte Goldgräberland. Ausserdem sind die Verkehrsbedingungen äusserst ungünstig. Das Innere des kanadischen Norden ist vorläufig weder per Eisenbahn noch per Automobil zu erreichen. Flugzeugreisen aber sind sehr kostspielig - für Menschen und für Waren.

K.

+ + +

Mordgeständnis. Der 23jährige Arbeitslose Erwin Boche und der 18jährige Handwerksbursche Hans Moldt gestanden Beamten der Berliner Kriminalpolizei, in der Nacht zum 4. September in Perleberg (Westprieignitz) die 80jährige Witwe Laura Steusloff in ihrem Gartenhaus ermordet zu haben. Der aus Berlin stammende Boche hatte sich vor einigen Tagen der Polizei gestellt; Moldt konnte in Lüneburg festgenommen werden. Dem Geständnis nach hat Boche seinen Freund Moldt verführt; als er die Absicht eines Ueberfalls auf Frau Steusloff, deren Verhältnisse er bei seiner früheren Lehrzeit in Perleberg kennen gelernt hatte, äusserte, erklärte er: "Wir müssen sie aber umbringen, denn sie kennt mich." Boche verübte den Mord allein, Er schlich sich gegen 10 Uhr abends in das Grundstück der Witwe; als ihm schien, dass Frau Steusloff ein Geräusch gehört habe; stürzte er sich auf die Greisin, knabbelte und erdrosselte sie. Dann kam Moldt hinzu: gemeinsam, aber vergeblich versuchten die Verbrecher die Komode, in der sie eine grössere Geldsumme vermuteten, zu erbrechen. Es fielen ihnen nur Kleinigkeiten in die Hände. Wenige Stunden später trennten sie sich.

+ + +
Sträflingsrevolte. In Portsmouth (Ohio, USA) entstand unter den Zuchthausgefangenen, die infolge Ueberfüllung der Schlafsäle in engen Zellen untergebracht waren, eine Revolte. 40 Wächter wurden von den Sträflingen überwältigt. Die Meuterer erklärten, dass sie die Wärter ermorden würden, falls ihnen etwas geschehe und falls ihr Los nicht verbessert werde. Herbeigerufenes Militär befreite die Geiseln.

+ + +
Phantastische Entführung. Aus China wird gemeldet, dass zwei von Banditen entführte Mitglieder der britischen Kolonie in New Chang (Mandschurei) erst jetzt, nach 43tägiger Gefangenschaft, gegen Zahlung eines ungeheuren Lösegelds wieder freigegeben worden sind. Die beiden Entführten, Frau Pawley und der Generalsohn Corkan, sollen, in einer Höhle versteckt und schwer misshandelt worden sein. Das Lösegeld soll sich auf 200 000 Mark, 250 Pfund Opium und eine grössere Lieferung von Winterkleidern belaufen. Ursprünglich sollen die Banditen noch u.a. auch beträchtliche Mengen Waffen verlangt haben.

+ + +
Verkehrsunfall. Bei einem Zusammenstoss zwischen Strassenbahn und Omnibus wurden in Berlin-Lichterfelde 11 Personen verletzt.

+ + +
Rätsel in Roggow. In Roggow (Uckermark), wo seit dem 17. September 10 Anwesen durch Grossfeuer eingeäschert wurden, sind unter dem Verdacht der Brandstiftung ausser einem bereits vor einigen Tagen festgenommenen 13jährigen Mädchen zwei Arbeiter und der Sohn des Gemeindevorstehers verhaftet worden. Die geistesschwache Dreizehnjährige wurde vorläufig in die Fürsorgeanstalt Prenzlau gebracht.

+ + +
Sturmkatastrophe. Anam (französisch Indo-China) wurde durch eine Wirbelsturmkatastrophe heimgesucht. Zahlreiche Personen kamen ums Leben.

+ + +
Hohe Ury-Preise. Bei der Berliner Auktion des Nachlasses des kürzlich verstorbenen impressionistischen Malers Lesser Ury wurden von den 256 Nummern des Katalogs nur ganz wenige nicht verkauft. Es sind ungewöhnlich hohe Preise erzielt worden; so wurde für ein von Ury im Jahre 1926 in London gemaltes Bild, das einmal auch in der Berliner Nationalgalerie ausgestellt war, 2 850 Mark gezahlt; ein anderes Londoner Bild erzielte 2 400 Mark.

+ + +

Staatsanwalt für Caro. Die Beweisaufnahme im Berliner Mitgiftprozess Caro - Petschek ist geschlossen. Am Freitag plädierte der erste Staatsanwalt Dr. Jäger - für den Angeklagten Caro, den er nicht des ihm zur Last gelegten Prozessbetruges und der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung für überführt zu halten scheint. Der Staatsanwalt führte im einzelnen aus, dass es rätselhaft sei, wie einem Manne wie dem Geheimrat Caro vorgeworfen werden könne, er habe sich im Weg eines Prozesses durch Rückverlangung einer niemals gegebenen Mitgift einen ungerechtfertigten Vorteil verschaffen wollen. Ein solches Verhalten sei dem Angeklagten nicht zuzutrauen - weder mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit, noch im Hinblick auf seine bekannt gute Vermögenslage. Ebenso wäre die Erstattung der Anzeige gegen Caro ein Rätsel: auch die Petscheks seien ja nicht die ersten besten. Im wesentlichen wären wohl persönliche Motive für die Einleitung des Prozesses, der in Anbetracht der schwierigen Materie eine so ungeheure Ausdehnung angenommen habe, massgebend gewesen. Es handle sich um den Streit zweier Familien, die früher in genau derselben Masse mit einander befreundet gewesen seien, wie sie jetzt verfeindet wären. Die äusseren Tatsachen seien in diesem Prozess nichts, die Motive alles - umso mehr entstehe aus dieser Situation dem Gericht die Pflicht, die Zeugenaussagen der einzelnen Familienmitglieder äusserst vorsichtig zu bewerten.

+ + +
Eine "spanische" Angelegenheit. In Köln ist die Kriminalpolizei einem merkwürdigen Gesellschaftsskandal auf die Spur gekommen. Schon seit längerer Zeit beobachtete die Polizei ein Unternehmen, das sich "Deutsch-spanische Arbeitsgemeinschaft" nannte. Diese Arbeitsgemeinschaft wurde von einem gewissen Storch de Gracia geleitet, der von einem Dr. Soraglia aus Barcelona unterstützt wurde. Von Haus zu Haus wurden weibliche Mitglieder geworben merkwürdigerweise vor allem Blondinen, die die spanische Konversation lernen sollten. Der - mit viel Wein und Sekt verabfolgte - Unterricht war nicht billig, sodass nur wohlhabende Kreise Eintritt in den Klub finden konnten. Die männlichen Besucher waren grösstenteils Ausländer romanischer Abstammung. Der Unterricht war im übrigen so eigentümlicher Art, dass besonders die teilnehmenden Damen darauf bedacht waren, nichts darüber verlauten zu lassen. Auch Reisen nach Spanien wurden organisiert, wobei manche der Damen merkwürdig bittere Erfahrungen gemacht zu haben scheinen.

Die Polizei konnte längere Zeit nicht hinter die Geheimnisse des Klubs kommen, bis jetzt eine Anzeige wegen betrügerischer Schuldenmacherei gegen den Leiter des Unternehmens einlief. Die beiden verantwortlichen Spanier waren jedoch bereits geflohen, der eine nach Barcelona, der andere mit unbekanntem Ziel. Mehrere Leute fühlen sich durch den Leiter des Unternehmens um viele tausend Mark betrogen.

+ + +
Wieder Ziehung! Am Freitag begann in Berlin in den Räumen der General-Lotteriedirektion die 40. Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Auf das in Achteln in Niederschlesien und Hessen-Nassau gespielte Los Nr. 392 208 entfiel ein Gewinn von 50 000 Mark.

+ + +
Unschuldig hingerichtet! Vom Gericht in Amman, der Hauptstadt Transjordanien, wurden vier Araber des Mordes an einem fünften für schuldig erkannt und zum Tode verurteilt. Während der Exekution kam es zu einer erschütternden Szene. Als einer der Verurteilten bereits hingerichtet war und man den zweiten zum Galgen führte, bekannte dieser weinend seine Alleinschuld. Zwischen der Hinrichtung des ersten Arabers und dem Bekenntnis des Schuldigen waren drei Minuten vergangen.

Teurer Butterfriede.

SPD. Der Abschluss der Butterkontingentsverhandlungen wird in den amtlichen Meldungen als Wiederherstellung des Butterfriedens ausgegeben. Das dürfte nicht ganz zutreffen. Dass die schädlichen Auswirkungen des Butterkrieges für unseren Warenexport in den betroffenen Ländern nicht verschwinden, dafür sorgt ja die gegenwärtige Regierung allzu reichlich, indem sie an ihrer abenteuerlichen Kontingentierungspolitik festhält. Aber auch sonst zeigen die Butterkontingentsverhandlungen, wie man es nicht machen darf, wenn man den Warenexport steigern will. Man hat erst, unter Druck der agrarischen Organisationen, auf der deutschen Seite das Maul recht voll genommen und eine Misstimmung gegen Deutschland in aller Welt hervorgerufen, die zuguterletzt dem englischen Warenexport zugute gekommen ist. Hinterher hat man erklärt, dass alles nicht so schlimm gemeint sei. In der Zwischenzeit ist viel Porzellan zerschlagen worden. Wir werden das demnächst an unseren Handelsbilanzen merken. Der Butterfriede, den man jetzt, wie die deutsche Regierung anscheinend annimmt, erreicht hat, ist für die deutsche Wirtschaft ein recht teurer Friede geworden.

Anfang dieses Jahres wurde gleichzeitig mit einer Staffelung des Zolls die Einfuhr von Butter kontingentiert. Zu einem tragbaren Zollsatz sollte je Land nur noch 5 000 Tonnen einführen dürfen. Die Hauptleidtragenden bei dieser Einfuhrbeschränkung waren naturgemäss die Länder, die bisher mehr als 5 000 Tonnen nach Deutschland importierten. In erster Linie wurde Dänemark, das 1931 = 31 000 Tonnen und Holland, das 16 000 Tonnen nach Deutschland eingeführt hatten, betroffen. Die Folge dieser willkürlichen, lediglich die Agrarinteressen vertretenden Politik war, dass die betroffenen Länder die Einfuhr an deutschen Industrieerzeugnissen einschränkten. So konnte unsere Exportindustrie im ersten Halbjahr 1932 nur noch Waren im Werte von 90 Millionen Mark nach Dänemark ausführen, während sie im ersten Halbjahr des Jahres 1931 noch für 184 Millionen exportierte. Selbstverständlich ist die Ausfuhr auch durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise eingeschränkt worden, aber in bedeutend geringerem Umfang. Während der deutsche Export nach allen europäischen Staaten um 36 % zurückging, ist der Export nach Dänemark um 52 % gesunken.

Die Schrumpfung des Industrieexports rief die deutsche Industrie auf den Plan, die eigentlich erst den ganzen Autarkie- und Kontingentsschwindel hoch gezüchtet hat, indem sie die Nazis grosspöppeln half. Das Ziel der deutschen Exportindustriellen ging dahin, eine Abschwächung der Butterkontingentierung durchzusetzen. Darob erhob sich ein grosses Geheul in der agrarischen Presse, die mit Schimpfworten gegen die "antinationale" und "egoistische" Exportindustrie nicht sparte. Dieser Krieg der Interessentenhaufen ist jetzt beendet. Die Exportindustrie hat eine Neuregelung der Buttereinfuhr durchgesetzt.

Es werden künftig 55 000 Tonnen Butter zur Einfuhr zugelassen werden. Dieses Kontingent wird auf die Butterexportländer nach ihrem prozentualen Anteil an der gesamten deutschen Buttereinfuhr im Durchschnitt der letzten drei Jahre verteilt werden. Ausserdem ist mit Finnland ein einheitlicher Zollsatz von 75.- Mark vereinbart worden, der auch für die Einfuhr aus allen Ländern gelten soll, die mit uns einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen haben. Die Zollfestsetzung bedeutet eine Niederlage der Landwirtschaft.

denn diese verlangte einen Butterzoll von 100 Mark. Immerhin ist aber auch noch der Zoll von 75 Mark höher als die durchschnittliche bisherige Belastung der Einfuhr, die ungefähr 60 Mark betrug. Begrüßenswert ist ferner, dass künftig die bisherigen wichtigsten Butterimporteure Dänemark und Holland, die gleichzeitig die besten Käufer unserer Industrieerzeugnisse sind, besser behandelt werden als bisher. Dänemark wird 17 800 Tonnen nach Deutschland ausführen können und Holland 11 600 Tonnen. Das bedeutet für beide Länder eine Steigerungsmöglichkeit ihres Exports; denn, auf das ganze Jahr berechnet, haben sie 1932 = 11 400 bzw. 5 700 Tonnen nach Deutschland importiert.

Befriedigen kann uns selbstverständlich diese Regelung der Buttereinfuhr nicht. Nach wie vor halten wir die Beschränkung der Einfuhr aus den Ländern, denen wir mehr Industriewaren verkaufen, als wir von ihnen landwirtschaftliche Erzeugnisse beziehen, für grundverkehrt. Jede Einschränkung der Einfuhr führt zwangsläufig zur Verringerung unseres Exports. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik müsste alles daran setzen, um die Beschäftigung unserer Industrie zu heben, damit die Arbeitslosigkeit verringert wird und die Kaufkraft der breiten Massen steigt. Eine derartige Aussenhandelspolitik würde auch der Landwirtschaft mehr nützen als die jetztige, lediglich preisverteuernde Absperrungspolitik der Regierung Papen.

SPD. Wie die von der Regierung Papen notverordneten Einstellungsprämien missbraucht werden, zeigt ein Fall, der sich bei der Porzellanfabrik Greiner & Herda, Oberkotzau bei Hof in Bayern ereignet hat.

Im genannten Betrieb waren vor Erlass der Notverordnung 80 Personen beschäftigt, die 40 Stunden in der Woche arbeiteten. Die Wochenlohnsumme betrug 1 600 Mark. Die Firma stellte 5 junge Mädchen von 16 und 3 junge Burschen im Alter von 17 - 18 Jahren ein, wandte die Notverordnungsbestimmungen an und kürzte den Lohn. Die acht Neueingestellten werden nach Tarifsätzen bezahlt und erhalten einen Lohn für die Vierzigstundenwoche in Höhe von 66 Mark. An Gesamtlohn wurde der Belegschaft nach den Bestimmungen der Notverordnung 83,70 Mark abgezogen.

Die Firma bekommt demnach die Arbeitsleistung von 88 Personen in der Woche um 17,30 Mark billiger und dazu das Notverordnungs-geschenk von 61,60 Mark. Sie hat also einen Reinverdienst von 79 Mark und eine höhere Arbeitsleistung. Da sie natürlich nicht daran denkt, ihre Waren im Preise zu senken, kann sie schmunzelnd den Gewinn in die Tasche stecken und dankt wahrscheinlich für den christlichen Grundsätzen der neuen Staatsführung in einem Stossgebet.

SPD. Die neue Subventionsverordnung, die den landwirtschaftlichen Genossenschaften 300 Millionen Mark zuschanzt und die Preussenkasse den grossagraren Organisationen ausliefert, wird vom Reichspräsidenten sehr wahrscheinlich am Sonnabend oder Sonntag unterzeichnet werden.

Währenddessen melden die agraren Organisationen neue Forderungen an. Im "Pressedienst der Nachrichtenstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat" wird darauf hingewiesen, dass die in der bevorstehenden Notverordnung geplante Sanierung für die Landwirtschaft nicht ausreicht. Nach dieser Notverordnung nehme die Regierung nur solchen Landwirten ihre Schulden zu 70 % ab, die irgend einer landwirtschaftlichen Genossenschaft angehören. "Wir können nicht annehmen", so fährt der Pressedienst beim deutschen Landwirtschaftsrat fort, "dass sich die Hilfe der Reichsregierung auf eine Gläubigergruppe beschränkt; sondern wir nehmen, dass auch die Inhaber der nicht in genossenschaftliche Rechtsform gekleideten Wirtschaftsbetriebe eine entsprechende

Behandlung ihrer Aussenstände zu erwarten haben. Würde die bevorstehende Massnahme der Reichsregierung auf die Genossenschaften beschränkt bleiben, so würden die Genossenschaften dadurch erheblich bevorzugt. Diese Bevorzugung liegt auch darin, dass die in Genossenschaften zusammen geschlossenen Landwirte zum Unterschied von den übrigen alsbald wieder betriebsfertig werden."

Der Pressedienst beim Landwirtschaftsrat gibt sich äusserst naiv, wenn er sich darauf beruft, dass durch die bevorstehende Subvention ein Teil der Landwirtschaft gegenüber dem Teil, der keine Subventionen erhält, bevorzugt wird. Man müsste in der Landwirtschaft doch schon so viel Erfahrungen mit Subventionen haben, dass man das wissen müsste. Sicherlich wird der Teil der Landwirtschaft, der keine Subventionen erhält, benachteiligt. Und zwar doppelt benachteiligt, weil er einmal auf Subventionen verzichten muss und des anderen, weil aus seinen Steuern die Liebesgaben an die Konkurrenten bezahlt werden.

SPD. Der ehemalige Zentrumsmann Gregor Strasser hat in Berlin eine Rede gehalten, die von der nationalsozialistisch eingestellten Presse als die Offenbarung eines "neuen Wirtschaftsprogramms" der nationalsozialistischen Partei gefeiert wird.

Das Feiern ist mehr als der Inhalt. Strasser hält an den alten Inflationsplänen fest. Auf Grund von "Regierungssicherheiten" - wir kennen diese Sicherheiten ja aus der Zeit der grossen Inflation, wo mit Hilfe dieser Sicherheiten Milliarden- und Billionennoten gedruckt wurden - wollen die Nazis Geld machen. An der Autarkie, die Millionen von Arbeitslose in Deutschland schaffen muss, hält Strasse ebenfalls fest, obwohl die Experimente mit der Kontingentierungspolitik unserm Handel blutige Wunden schlagen. Im übrigen gibt es viele Korrekturen und viele Revisionen. Man hört nichts mehr von "Brechung der Zinsknechtschaft", sondern Strasser spricht bescheiden von Zinssenkung. Gerade wie die "feinen Leute" in der Papenregierung auch. Von der Enteignung der Banken- und Börsenfürsten hört man ebenfalls nichts mehr. Hier spricht Strasser nur davon, dass das Bankwesen unter Staatsaufsicht gestellt werden müsse, womit wirklich noch nicht die effektive Kontrolle, die die Sparer vor Verlusten schützt, erreicht wird. Ueberhaupt will der Nationalismus das Privateigentum nicht angreifen. Der "wirkliche deutsche Sozialismus" sei "planvolle Gemeinschaftsarbeit aller Erwerbszweige und aller Stände zur Förderung des Gesamtwohls", wobei dem "nationalen Unternehmertum Führerziele zugewiesen" würden. Dieses Gerede Strassers erinnert an die schlimmsten Blüten in der Bewegung der Gelben, der Wirtschaftsfriedlichen aus der Vorkriegszeit, deren geistige Erben die Nazis in Wirklichkeit sind. Im grossen und ganzen hat man den Eindruck, als ob die Kassen der Nazis bedenklich leer sind, und dass Strasser das neue Wirtschaftsprogramm "geoffenbart" hat, um die Industriellen zu bewegen, wieder wie früher in die notleidenden Kassen einzuzahlen.

SPD. Durch Verordnung des Reichsernährungsministers ist die Einfuhr von Nelken-Schnittblumen für die Zeit vom 15. März bis 30. November jeden Jahres verboten worden. Als Grund wird angegeben, dass die Einschleppung des Nelkenwicklers, einer schädlichen Raupe, verhütet werden solle. Das scheint uns aber nur Vorwand zu sein. In Wahrheit will man sich die unliebsame Konkurrenz aus Italien und Frankreich vom Halse halten. Die agrarische "Deutsche Tageszeitung" bemerkt auch zum Einfuhrverbot schmunzelnd, dass dieses Verbot die

erfreuliche Nebenwirkung habe, die Einfuhr von Nelken einzuschränken. Die agrarischen Interessenten versuchen es halt mit jedem Mittel. Reichen die Zölle nicht aus, so versucht man es mit der Kontingentierung, noch besser gleich mit einem Einfuhrverbot, für das sich immer pflanzensanitätäre Gründe finden lassen. Im Frühjahr wurde, um die Einschleppung eines Kartoffelschädlings, des Koloradokäfers zu verhindern, gleich die Einfuhr von allen möglichen Gemüsesorten aus Frankreich verboten. Auf diese Weise wird es wohl allmählich gelingen, die gesamte Einfuhr von Agrarartikeln nach Deutschland zu unterbinden. Dem Agrarprotektionismus ist jedes Mittel recht.

SPD. Der Präsident des Statistischen Reichsamts Professor Dr. Wagemann hat eine Broschüre "Was ist Geld" veröffentlicht, die dazu bestimmt ist, die Gedanken des sogenannten Wagemanns-Plans fortzuführen und sich mit den Kritikern dieses Plans auseinanderzusetzen. In der Kernfrage, wie weit der Geldumlauf ohne Gefahr erweitert werden kann, bekennt sich jetzt Wagemann eindeutiger als bei der Aufstellung des Wagemann-Plans zu der währungspolitisch gefährlichen Auffassung, dass gegenwärtig noch Raum für eine Vermehrung des Geldumlaufs in sehr weiten Grenzen bestehe. Er stützt seine Theorie vor allem auf die in Deutschland befindlichen Lagervorräte, von denen seiner Meinung nach noch drei Milliarden Mark in Bewegung gesetzt werden könnten, ehe Preissteigerungen zu befürchten wären. Daneben macht er zur Voraussetzung für eine Geldvermehrung eine "straffe Einkommens- und Lohnpolitik", also auf deutsch die Fortsetzung der Papenschen Lohnpolitik.

Man staunt darüber, dass ein in Deutschland als wissenschaftliche Kapazität geltender Mann wie Wagemann so primitive Auffassungen entwickeln kann wie die, dass zunächst die Läger abschmelzen müssen, ehe Preissteigerungen eintreten könnten. Alle Erfahrungen lehren, dass bei stärkerer künstlicher Geldvermehrung die Preise nicht erst das Abschmelzen der Vorräte abwarten, sondern sofort sehr heftig in die Höhe zu klettern beginnen. Und wenn man gleichzeitig "straffe Lohnpolitik" macht, so heisst das nichts anderes, als dass die Arbeiter von vornherein dazu verurteilt werden, die Kosten der Inflation zu tragen. Die deutschen Arbeiter werden sich also für eine Wirtschaftspolitik, wie sie Wagemann vorschlägt, bedanken.

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt die Zahl der Arbeitslosen, die Mitte Oktober 1932 bei den Arbeitsämtern gemeldet war, mit 5 150 000 an. Danach hat sich in der ersten Oktoberhälfte die Arbeitslosigkeit wieder vermehrt.

Es muss von vornherein bemerkt werden, dass diese Zahl sich nicht mit der Zahl der tatsächlich vorhandenen Arbeitslosen deckt, weil die Statistik der Arbeitsämter jene Arbeitslosen - nach Schätzung des Konjunkturforschungsinstituts etwa 1,75 Millionen - nicht erfasst, die auf Grund der Papenschen Notverordnung aus der Arbeitslosenfürsorge herausgedrängt worden sind.

Die Ziffer für Mitte Oktober 1932 liegt um 48 000 über der Ziffer, die die Reichsanstalt für Ende September veröffentlichte. Nach der Entlastung in der zweiten Septemberhälfte ist also wieder eine Steigerung eingetreten. Dafür gibt das Reichsamt folgende Erklärung: "Die gegenwärtige Entwicklung ist das Ergebnis des sich auf dem Arbeitsmarkt vollziehenden Widerspieles"

zwischen der im Herbst jeden Jahres eintretenden saisonmässigen Abschwächung des Beschäftigungsgrades und der in erneuten Ansätzen zu beobachtenden Belebung einzelner konjunkturabhängiger Wirtschaftszweige, insbesondere der Verbrauchsgüterindustrien, in denen Neueinstellungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches gemeldet werden. Es ist daher durchaus möglich, dass sich die Entwicklung im Oktober ähnlich wie im September vollzieht, in dessen erster Hälfte die Arbeitslosenzahl ziffernmässig bekanntlich um etwa 40 000 zugenommen hatte, während im weiteren Verlauf des Monats September eine stärkere Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 160 000 sich durchgesetzt hatte."

Berliner Milchpreise.

SPD. Für die Milchlieferung nach Berlin hat der Preisausschuss des Milchversorgungsverbandes Berlin unveränderte Preise in Reichspfennig je Liter festgesetzt: 1. Trinkmilch 13,85; dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,5, b) für molkereimässig behandelte Milch 1,75; 2. a) Werkmilch 9, b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5.

Diese Preise gelten bis auf weiteres für 1 Liter Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 Prozent und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 Prozent Fett werden für jedes fehlende 1 Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von 2 Zehntel Reichspfennig vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Reichspfennig je Liter vorgenommen. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung (Ziffer VI) für die Milchlieferung ab Freitag, den 21. Oktober, auf 79 Prozent festgesetzt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 bis 1,20, Rote 1,25 - 1,35, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,30 bis 1,40 Reichsmark. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Reichspfennig, im sonstigen Verkehr 7 - 8 Rpf je Stärkeprozent frei Fabrik.

SPD. Die Devisenzuteilung an die Importeure wird auch für den Monat November auf 50 Prozent festgesetzt.

Verlängerte Getreidelombards.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Oktober)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung am Freitag etwas stetiger. Massgebend hierfür war in erster Linie die Bekanntgabe der Regierung, dass sie die für eine Verlängerung der Getreidelombards erforderlichen Mittel bereitstellen wolle. Infolgedessen hat sich das Angebot in Weizen und Roggen etwas vermindert. Da aber die Nachfrage nicht zugenommen hat, konnten sich die Preise nur wenig verändern. Am Promptmarkt wurden beide Brotgetreidearten unverändert notiert. Am Markte der Zeitgeschäfte konnte Weizen etwa eine Mark, Roggen eine halbe Mark gewinnen. Der Mehlmarkt verharrte in seiner Leblösigkeit. Hafer hatte bei kleinen Umsätzen stetige Tendenz. Am Gerstenmarkt zeigte sich nur für feinere Brauqualitäten Interesse.

	20.10.	21.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrierogerste	167 - 174	167 - 174
Hafer	134 - 138	134 - 138
Weizenmehl	24,50 - 28,00	24,50 - 28,00
Roggenmehl	20,00 - 22,50	20,00 - 22,50
Weizenkleie	9,25 - 9,60	9,20 - 9,60
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,30 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - bis 208½ (Vortag 208½), Dezember 206½ - 207 (206), März 208½ - 208¾ (208), Roggen Oktober - (162), Dezember 161½ (161½), März 164¼ (164), Hafer Oktober - (142½) Dezember 137½ (138), März 142 (142).

Berliner Viehmarkt.

(21. Okt.)

SPD. Bei nem Auftrieb von ungefähr 2 000 Tieren genügte das Angebot auf dem Schweinemarkt. Bei ruhigem Handel gaben die Preise in fast allen Klassen nach. Stärker waren z.T. die Preisabflachungen auf dem Hammelmarkt, wo allerdings gut genährte Schafe mit den letzten Preisen bezahlt wurden. Der Rindermarkt hätte grösseren Auftrieb vertragen können. Dagegen führte das stärkere Angebot am Kälbermarkt zu teilweise ganz erheblichen Preisabstrichen.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45 - 46 (46-47), b) 240 bis 300 Pfd. 43 - 45 (45-46), c) 200 bis 240 Pfd. 40 - 44 (42-45), d) 160 bis 200 Pfd. 38 - 41 (39-42), e) 120 bis 160 Pfd. 35 - 37 (37-38), Sauen 36 bis 39 (38-40), Kühe: a) 24 - 25 (-), b) 20 - 23 (18-22), c) 17 - 18 (16 - 17), d) 10 - 16 (- 15). Kälber: b) 45 - 52 (50-55), c) 35 - 46 (38-50), d) 20 - 28 (20-30). Schafe: a) 26 - 27 (29-30), b) 31 - 33 (32-34), c) 28 - 30 (28-31), d) 12 - 25 (15-26).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 21. Oktober 1932.

Der eiserne Wolf.^x

SPD. Westlich der Oder gibt es eine Heide, die ist im Herbst wie Blut so rot. Meilenweit streckt sich die Ebene, und das welkende Heidekraut verhaucht sein letztes Glühen. Manchmal geht der Wind über die Heide. Dann tönt die Einsamkeit unter seinem Schritte, und die vorüberziehende Wolkenherde läuft im Trabe vor ihm her.

Michael, der Hirt, bedeckte sein Gesicht. Der Wind blies ihn an und riss ihm den Mantel hoch. "Das gibt Schnee", sagte Michael blinzeln. Aber nur der braune Hund war da, der diese Worte hörte. Hektor spitzte die Ohren. Dann ströckte er seine feuchte Nase vor und schnupperte in den Wind. Er wandte den Kopf und sah zu seinem Herrn auf, der auf einem Feldstein sass, den langen Stock in der Hand, den Hut flach auf dem weissen Haare. Lämmer blökten. Gute, wollige, kurzbeinige Lämmer der niederschlesischen Heide.

Ein Motorfahrer kam von Görlitz auf der Landstrasse dahergebraust. Er fuhr in der Richtung auf Niesky zu. Sein Motor prasselte. Michael blinzelte. Der Hund sprang auf die Beine und schoss über die Heide hin. Er blieb weit unten, nicht mehr als hundert Meter vor der Landstrasse, stehen und bellte. Kurz abweisend, ungehalten. Das Rad prasselte.

Einige Fehlzündungen knatterten und zerhieben die grosse Stille, wie schrille Axthiebe ein schweigendes Stück Holz spalten, dass es aufschreit und zerbricht. Plötzlich war die Stille nicht mehr da. Sie zerbrach, und wo sie gewesen, bröckelte ein Aechzen, Puffen, Stöhnen und Hämmern.

Wieder blökten die Lämmer.

Auch Lieschen schrie, das zottige Mutterschaf, das schwarze Lämmer geworfen hatte. Drei schwarze Lämmer: Max und Moritz und Struwelpeter. Hektor bellte in einem fort. Aber der Motor liess sich nicht einschüchtern. Er lärmt und schnaufte, und das Rad flog wie ein Pfeil den schnurgeraden Weg entlang.

Der Fahrer verfehlte den Nebenpfad, der seitwärts abbog, und blieb auf der Chaussee. Warum blökte Lieschen so unruhig? Wölfe gab es doch schon seit fünf hundert Jahren nicht mehr in der niederschlesischen Heide. Hielt Lieschen das fauchende Vehikel für einen Wolf? Waren es Erinnerungen des Blutes, die in ihm erwachten? An jene Zeit, da in Vortagen Stammvater und Stammutter vom Wolfe gerissen wurde, der aus den russischen Wintern hereinbrach?

Lieschen blökte, und die drei Lämmer, Moritz, Max und Struwelpeter, kamen herbeigesprungen und drückten sich ängstlich an die Mutter.

Was war das? Der Schäfer beschattete seine Augen. Da kam ja dieser Stadfrack, dieser Modeherr und Sportfex, mit seinem Stink- und Krachteufel in die Heide hineingefahren. Er hielt gerade auf den Schäfer zu. Was wollte er?

Michael richtete sich in die Höhe. Er zog seinen Mantel unter den Knien zusammen, stemmte seinen Stab in das Heidekraut und lehnte sich mit gekreuzten Armen auf ihn. "Halloh!" rief eine frische Stimme.

Der Schäfer rührte sich nicht.

"Den Weg nach Niesky?" schrie die Stimme.

Aber Michael, der das Singender Gräser hörte und die Sprache des Windes verstand, war taub gegen alles Laute. Er hob den Arm und winkte mit der Hand. "Zurück! Zurück!" bedeutete sein Winken.

Das Motorrad prasselte näher und näher. Die Heidekrautbüsche flogenauss einander. "Hier ist kein Weg!" schrie Michael mit drohend geschwungenem Sta-

be. Doch schon war es geschehen. Ein Schmerzenslaut. Lieschen wurde beiseite geworfen. Das Rad fiel knatternd um. Dann hörte man nur noch das wütende Gebell des Hundes. Die grasenden Schafe stoben, als wäre der Wolf in die Hürde gebrochen, nach allen Seiten auseinander.

"Ich wünsche mein Rad ersetzt!" schrie der Fahrer und erhob sich aus dem Heidekraut. "Ich habe gehupt; das Vieh ist mir nicht aus dem Wege gegangen!"

"Hier ist kein Weg!" wiederholte der Hirt und sah den Fahrer, der eine braune, heruntergeklappte Federkappe und eine grünlich schimmernde Brille trug entsetzt an.

Da lag der kleine, schwarze Moritz im Heidekraut und blutete. Und die alte Lieschen stand dabei und leckte ihm den Kopf. Wie sah denn dieser Mensch aus, der in die Stille der Heide eingedrungen war! Wie der leibhaftige Satan! Er hatte gläserne Augen, und seine Teufelsmaschine verschlang junge Lämmer.

Hektor sprang an ihm hoch und legte ihm die Pfoten auf die Schultern. Da wurde der Motorsatan sanfter und schimpfte nicht mehr. Er machte kehrt, zog seine Karre aus dem Heidekraut heraus und schritt entschlossen, das Rad neben sich her führend, nach der Landstrasse zurück. Der Hund folgte ihm mit seinem Gebell.

Traurig trat der Schäfer an das verblutende Lämmchen heran. "Ja", murmelte er in den Wind, "es gibt Schnee. Und der Schnee bringt die Wölfe mit, und die Wölfe sind heiss hungrig nach dem zarten Fleisch der Lämmer." Und da war es dem alten Michael, als blutete die Heide. Rot verdämmerte sie im Abend, und ein riesiger Wolf stand vor dem schweigenden Lande und fauchte und brüllte in die Stille.

Fern verschwand der fremde Mensch hinter dem wehenden Heidekraute.

Die Lämmer blökten. Der Schäfer trieb sie nach der Hütte.

Nur der Hund blieb an dem Flecke zurück, wo der stählerne Wolf vor Stunden das Lamm gerissen hatte. Er kreiste um den Platz und heulte. Und von diesem Tage an hasste Hektor die Motorräder, die auf der Chaussee weit drüben einzeln oder in Rudeln auftauchten und vorüberjagten.

Walter Meckauer.

Alt-Berliner Wohnkultur.^x

SPD. Seitdem die Schweden mit ihrem "Freilichtmuseum" das übliche Schema der Sammlungsgebäude durchbrochen haben, bestrebt man sich allerorten, den lästigen Beigeschmack des Toten und Muffigen, den der Begriff "Museum" nun einmal im Laufe des 19. Jahrhunderts angenommen hatte, loszuwerden. Wilhelm Bode hat in Deutschland als einer der ersten diesen Weg beschritten und im Kaiser Friedrich-Museum Gemälde und Plastiken mit alten Stilmöbeln gemischt, um eine gewisse Wohnlichkeit herbeizuführen. Anstelle der theoretischen Aufreihung zu wissenschaftlichen Zwecken sollte ein lebendiges Bild der Kultur vergangener Epochen geboten werden. Nicht nur das "Ding an sich" sollte gezeigt werden, sondern auch seine Verwendung im Dienste der Wohnkultur. Ein Grauen befällt uns bei der blossen Erinnerung an die öden Magazine des Louvre in Paris oder des South Kensington-Museums in London, während wir mit Freude an ein modern eingerichtetes Museum zurückdenken, selbst dann, wenn sein Inhalt nicht so ganz erstklassig ist wie der jener in ihrer Anlage veralteten Sammlungen.

Brauchbarer noch als alte Klöster und Paläste sind Bürgerhäuser, die dem Gedanken des "Freilichtmuseums" verhältnismässig am nächsten kommen. Sie geben die Atmosphäre, in der unsre Vorfahren gelebt und gearbeitet haben, am unmittelbarsten wieder. Wer die Goethehäuser in Frankfurt und Weimar kennt, oder etwa das Uphagenhaus in Danzig, ein Prachtbeispiel einer hanseatischen Patrizierhäuslichkeit des 18. Jahrhunderts, der wird das bestätigen können.

Das Vollendetste freilich, was es in dieser Art gibt, steht in Antwerpen: das Haus der einst weltberühmten Buchdruckerfamilie Plantin-Moretus vom Ende des 16. Jahrhunderts, mit Werkstätten, Schreibstuben, Laden und Wohnung. Gerade dies: die Vereinigung von Arbeits- und Wohnstätte, macht diese bürgerlichen Museen so besonders anziehend. Das ist ja auch typisch für die Manufakturperiode, in der Erwerb und Lebensgenuss, Produktion und Konsum (um mit Karl Marx zu reden) unmittelbar und auf dem gleichen Grundstück ineinander übergehen.

Ein solches auf patriarchalischer Grundlage errichtetes Bürgerhaus ist dieser Tage in Berlin als Anhängsel des "Märkischen Museums" der Öffentlichkeit übergeben worden: das "Ermeler-Haus" in der Breiten Strasse. So reich und so einheitlich wie das "Museum Plantin-Moretus" ist es allerdings nicht. Die Residenz der preussischen Könige ist weder eine Metropole des Welthandels noch der Künste gewesen, als das Patrizierhaus in der Breiten Strasse, das bis auf einen Ratskämmerer vom Beginn des 18. Jahrhunderts zurückzuführen ist, aus dem Besitz der Witwe eines "Geheimden Etats-Secretarius", also eines höheren Staatsbeamten, um 12 600 Taler in den des Kaufmanns Peter Friedrich Damm übergang. Die "Breite Strasse" in nächster Nachbarschaft des Schlosses war damals eine vornehme und teure Wohngegend. Im ersten Stock des Ermeler-Hauses wohnten als Untermieter zur Zeit Friedrich Wilhelms I. ein Baron Schmettau, später der Vorleser Friedrichs II., und der Franzose Claude Etienne Darget, ein Freund Voltaires. Gleich nebenan befand sich der Verlag von Chr. Fr. Voss, der die "Vossische Zeitung" herausgab, und, was weit verdienstlicher war, die Werke Joachim Winckelmanns. Ein paar Häuser weiter wohnte Lessings Freund, der Buchhändler Friedrich Nicolai, und schräg gegenüber, im königlichen Marstall, waren unter Friedrich I. die Kunstakademie und das erste Berliner Operntheater eingerichtet worden.

Jener Peter Friedrich Damm, dem die Rokokoräume des ersten Stockwerks zu verdanken sind, ausserdem das prächtig ausgemalte und mit einem vergoldeten schmiedeeisernen Geländer geschmückte Treppenhaus, war bezeichnenderweise Heereslieferant wie der "Hofjude" Ephraim, der sich nach dem Siebenjährigen Kriege ein prächtiges Palais am Molkenmarkt hat erbauen lassen können. Damm lieferte dem Besitzer der Potsdamer Gewehrfabrik, Splitgerber, die Gewehrrahmen und muss daran klotzig verdient haben. Um einen mittleren Festsaal herum gruppieren sich Wohnräume von behaglichem Luxus, darunter mehrere, die an den Wänden und über den Türen mit Gemälden geziert sind. Der Saal, der ja auch bei dem Kaiserlichen Rat Kaspar Goethe in Frankfurt nicht fehlen durfte, weist in Grün und Gold besonders schöne Wand- und Türschnitzereien auf, und als Paradestück heroische Landschaften mit antiker Architektur, die ein Schüler des berühmten Theatermalers Galli-Bibiena ausgeführt hat. Auf ein "Jagdzimmer" und ein Kabinett, das mit Vögeln ausgemalt ist, folgt ein Raum, in dem man auf einem Gemälde die Ankunft der Besitzersfamilie im Vierspänner auf ihrem beuerworbenen Landgut im Kreise Niederbarnim bewundern kann, nach französischer Art angelegt. Und über einer nackten Nympe, die mit ihren Gespielinnen in einer Felsschlucht badet, schwebt ein steifer Adler - was Eingeweihte als einen Hinweis darauf aufgefasst haben, dass in diesen schönen Räumen der Thronfolger Friedrich Wilhelm mit der Musikerstochter Enke verschwiegene Schäferstündchen abgehalten habe. Bis zu den Küchengeräten hinunter kann man die Einrichtung des Hauses studieren.

Dieses Haus ist - wie das heute als "Lessing-Museum" dienende Nicolaische Haus - im Rechteck um einen schmalen, aber tiefen Hof herum gebaut. Die Verbindung mit den Seitenflügeln und dem Hinterhause stellt eine Galerie her, die aus Gründen der Raumersparnis an den Hofwänden entlangläuft, während die Zimmer selber ineinander gehen. Das Hinterhaus hat der spätere Besitzer, der sich im Erdgeschoss einen gewölbten Laden nebst Bureauräumen eingebaut hat, Wilhelm Ermeler, als Tabakfabrik eingerichtet. Er liess das Mansardendach umbauen und den Hausflur modernisieren. Aber glücklicherweise hat er die Rokoko-Einrichtung im grossen und ganzen bewahrt und seine Biedermeierwohnung im

zweiten Geschoss aufgeschlagen. Er konnte sich als der führende Tabakhändler der Residenz, nachdem er 1824 das Haus in der Breiten Strasse bezogen hatte, grosse Reisen leisten, darunter eine nach Italien, auf der er sich, kaum weniger stolz als Goethe, in vollem Wuchs hat porträtieren lassen. Draussen vor dem Brandenburger Tore hat er sich als einer der ersten eine Tiergartenvilla gebaut. Was ihn wohl dazu ermuntert haben dürfte, den Namen Gottes fast ebens oft im Munde zu führen wie ein moderner deutscher Minister. Er war eben ein patriarchalischer, d.h. tugendhafter und gottesfürchtiger Kaufmann.

Unten in seinem Hausflur liess er in den vierziger Jahren als epochemachende Neuheit Landkarten von Deutschland an die Wand malen mit den ersten Eisenbahnlinien darauf. Das muss damals ungemein fortschrittlich gewirkt haben....
Hermann Hieber.

----- Die Novembersternschnuppen.^x -----

SPD. In der Nacht vom 11. zum 12. November 1799 beobachteten zwei grosse Naturforscher, Alexander von Humboldt und der Franzose Bonpland, in Südamerik ein merkwürdiges astronomisches Ereignis. Es regnete Sternschnuppen. Tausende leuchtender Funken fielen vom Himmel, viele Stunden lang. Gleich zu Beginn der Erscheinung war kein Stück am Himmel so gross wie drei Monddurchmesser, das nicht jeden Augenblick von Feuerkugeln und Sternschnuppen gewimmelt hätte. Dieses seltene Ereignis hat Humboldt später ausführlich beschrieben. Nahezu in jeder klaren Nacht kann man solche kosmischen Raketen über den Himmel schiessen sehen, wenn natürlich auch nicht in dem selten reichen Masse wie im Jahre 1799. Mit kaum vorstellbarer Geschwindigkeit dringen diese Boten aus dem Weltraum in die Erdatmosphäre ein. Bei dem Tempo, das sie haben, wirkt die Luft auf sie wie ein fester Körper, an dem sie sich glühend reiben. Während die kleinen Trümmer als Sternschnuppen aufleuchten und verpuffen, fallen die grösseren, die Feuerkugeln, unter auffälligen Lichterscheinungen zur Erde. Jeder Sternfreund und Naturbeobachter weiss nun, dass diese himmlischen Wander vögel zu manchen Zeiten des Jahres besonders zahlreich auftreten. Mit zu den bekanntesten Schwärmen gehören die Novembersternschnuppen. Da der Punkt, von dem sie am Himmel auszustrahlen scheinen, im Sternbilde des "Löwen" liegt, werden sie auch allgemein die Leoniden genannt. Durch sorgfältige Beobachtung konnte berechnet werden, dass die mittlere Geschwindigkeit der Leoniden, die hauptsächlich in der Zeit vom 10. bis 17. November fallen, in der Sekunde 87 Kilometer beträgt. Das Aufleuchten erfolgt durchschnittlich in 133 Kilometer Höhe und das Erlöschen in 89 Kilometer Höhe. Für die mittlere Weglänge fand man eine Strecke von 87 Kilometern.

Einen beachtenswerten Fortschritt in der Erforschung der Sternschnuppen bedeuteten die Arbeiten Schiaparellis, der 1866 zum ersten Male den Nachweis erbrachte, dass die Sternschnuppen und Kometen gemeinsamen Ursprungs sind. Mit der Bahn der Leoniden stimmt z.B. überraschend genau die Bahn jenes Kometen überein, der im Januar des Jahres 1866 gesichtet wurde, und heute kann man, als glänzende Bestätigung der Schiaparellischen Auffassung in sechs Fällen mit Sicherheit einen Zusammenhang zwischen Kometenbahnen und Sternschnuppenströmen feststellen. Zeiten erhöhter Sternschnuppenfälle, die alljährlich auftreten, sind schon sehr lange bekannt. Aus alten Aufzeichnungen kann man ersehen, dass bereits im Jahre 902 die Novembermitte als eine Zeit reicher Sternschnuppenfälle gegolten hat. In neuerer Zeit war es mehrfach möglich, einen interessanten Vorgang am Himmel zu beobachten, nämlich die regelrechte Auflösung einiger Kometen. Dadurch fand man eine direkte, sichtbare Erklärung dafür, dass so viele Welttrümmerchen bekannte Kometen als Bahngenossen begleiten. Bei der Annäherung an die Sonne übt dieses gewaltige Zentralgestirn unsres Weltsystems

durch seine Schwerkraft einen so starken Einfluss auf den Kern manches Kometen aus, dass dadurch zuweilen ein vollständiger Zerfall des Kometenherbeigeführt wird. Der Astronom Roche hat diesen Vorgang mathematisch untersucht. Seine Arbeiten führten zur Feststellung, dass es eine Gefahrenzone für kleinere Weltkörper gibt, wenn sie bei Annäherung an einen grösseren eine bestimmte Grenze überschreiten. Wenn beide Körper die gleiche Dichte hätten, würde nach dieser Berechnung der kleine Körper zertrümmert werden, sobald sein Bahnhalm-messers auf den 2,45-fachen Umfang des Halbmessers des grossen Körpers fiel. Man nennt diese Entfernung allgemein die Rochesche Grenze. Für einen Körper von der geringen Dichte eines Kometen muss die Gefahrenzone seit weit von einem grossen Weltkörper entfernt sein. Aber wo auch diese Zone um die Sonne liegen mag, Kometen überschreiten diese gelegentlich und werden dabei zertrümmert. Bei zwei Kometen, Bielas Komet 1846 und Taylors Komet 1916, konnte beobachtet werden, wie diese regelrecht in zwei Stücke zerbrachen, während sie ungefähr in Erdentfernung von der Sonne standen, und 1882 zerbrach ein Komet sogar in vier Teile. Im Jahre 1852 kehrte Bielas Komet pünktlich in Form von zwei verschiedenen Kometen zurück, die 2 Millionen Kilometer voneinander entfernt standen. Später ist der Komet dann aber nicht mehr gesehen worden. Die Bahn dieses Kometen ist die gleiche wie die der Andromediden-Meteore, die an klaren Abenden um den 27. November herum einen schönen Sternschnuppenfall erzeugen, sodass diese Sternschnuppen sicherlich als Ueberreste von Bielas Komet zu gelten haben.

Während nun aber die meisten Welttrümmerschwärme, wie z.B. der grosse Schwarm der Augustmeteore, jahraus, jahrein die gleiche Ergiebigkeit zeigen, ist bei den Novembermeteoren ein deutliches Schwanken in der Häufigkeit ihres Auftretens zu merken. Nach Jahrzehnten geringer Ergiebigkeit kamen dann wieder Jahre von auffallendem Glanze. Zu diesen ausserordentlich schönen und reichen Sternschnuppenfällengehört auch jener, den Humboldt und Bonpland 1799 in Venezuela beobachteten. Man darf also mit Sicherheit annehmen, dass gerade bei den Novembersternschnuppen, die unsere Sonne in Form eines grossen, geschlossenen Ringes umkreisen, der bis über die Bahn des Planeten Uranus hinaus reicht, an einzelnen Stellen besonders grosse Verdichtungen als gewaltige Trümmerwolken vorhanden sind. Kreuzt nun die Erde auf ihrem Wege um die Sonne eine solche mit Welttrümmern übersäte Kometenbahn und trifft dabei auf eine dichte Trümmerwolke, dann muss für die irdischen Beobachter ein Sternschnuppenregen von besonderer Reichhaltigkeit auftreten. Durch die periodische Wiederkehr der reichen Sternschnuppenfälle lässt sich leicht die Umlaufszeit des Meteorringes um die Sonne ermitteln. Sie beträgt beim Ringe der Leoniden 33 1/4-Jahre. Eine Bestätigung für die Richtigkeit der verschiedenen Berechnungen waren die grossen Fälle, die sich pünktlich 1833 und 1866 wiederholten. Der für 1899 vorausgesagte grosse Funkenregen blieb leider aus, und man erkannte später, dass die grosse Wolke im Meteorringe der Leoniden durch nahen Vorübergang an dem Riesenplaneten Jupiter in eine etwas veränderte Bahn gezwungen worden war, sodass weitere Begegnungen der Erde mit den dichteren Teilen dieses Schwärmes kaum erwartet werden können. Immerhin sind weitere Beeinflussungen dieser Trümmerwolken durch die Planetenmassen nicht unmöglich, und dadurch kann auch unsere Erde wieder eventuell mit den dichteren Stellen zusammentreffen. Gerade im November dieses Jahres ist die Zeit des früheren Sternschnuppenmaximums von besonderer Auffälligkeit wieder herangekommen. Da zugleich auch die Wiederkehr des Kometen Tempel 1866 I, des Stammvaters der Leoniden, der natürlich die gleiche Umlaufszeit hat wie der Leonidenschwarm, erwartet wird, so kann unter glücklichen Umständen am 16., 17. und 18. November wieder eine erhöhte Sternschnuppentätigkeit eintreten. Aber auch der Monat November des nächsten Jahres verdient besondere Beachtung, da durch bestimmte Beeinflussungen der kosmischen Trümmer und "Abfälle" die Erde dann eventuell in noch weit grösserer Nähe der Hauptwolke als in diesem Jahre den Leonidenring kreuzen wird.

Erich Krug

Das Leben - eine Reise.

SPD. Das Leben gleicht einer Reise. Einer längeren, kürzeren, durch schönere Gegenden, durch mißere Gegenden, gerade Strecke oder Rundreise, Erster, Zweite oder "Letzter Klasse". Die letzte Klasse ist heutzutage die Dritte. Früher gab es noch eine Vierte für den vierten Stand, das Proletariat, das nun in den Fahrpreis zur Dritten hinaufgestiegen ist.

So fährt man von Station zu Station. Mit Aufenthalt, ohne Aufenthalt. Bummelzüge, Eilzüge, D-, FD-, FFD-Züge. Bei Reisen in geschlossenen Massen tritt Preisermässigung ein.

Ein ewiges Ein- und Aussteigen. Manchmal unterbricht man auch die Fahrt. Nicht immer freiwillig. Oder man bleibt eine Zeitlang - und aus Bequemlichkeit schliesslich für Lebenszeit - auf einer Station kleben. Auch hat der Zug oft, kurz vor dem gestellten Ziel, keine Einfahrt.

Zu manchem Zuge kommen wir zu spät. "Weil unsre Uhr falsch ging!" sagen wir dann. Wie oft versäumen wir unterwegs den Anschluss! Und sind in den meisten Fällen ganz allein schuld daran. Doch geben wir das nicht gern zu.

Das Warten auf den zugigen Bahnsteigen des Lebens erzeugt Verdriesslichkeit und nicht selten einen tüchtigen Schnupfen dazu.

Zusammenstösse und andre Unglücksfälle gibt's viele. Die wenigsten enden mit einer Lebensrente.

Niemand sollte sich unterfangen, in eine "höhere" Klasse einsteigen zu wollen als die, auf die seine Fahrkarte lautet - man nimmt ihm das sehr übel, nämlich das Publikum und auch die Verwaltung.

Als die schönste Strecke erscheint uns immer die, die wir nicht gefahren sind.

Nicht jeder findet sich in seinem Kursbuch zurecht und kommt deshalb, anstatt die kürzere Strecke zu benutzen, erst auf einem grossen, Zeit und Geduld raubenden Umwege an seinen Bestimmungsort. Oder man reist mit einer verkehrten Fahrkarte los und muss, wenn man dabei erwischt wird, den um soundsoviel erhöhten Preis oder gar Strafe zahlen. Reklamationen wegen zuviel gezahlten Geldes sind äusserst langwierig, verursachen viel Ärger und Schreibung; auch behält die Bahnverwaltung schliesslich ja doch recht, dein Geld natürlich dazu.

Unterwegs erst merken wir, besonders bei dem lästigen Umsteigen, dass wir viel zu viel unnützes Gepäck mitgeschleppt, dagegen das Nötigste vergessen haben.

Die entzückenden Reisebekanntschaften existieren meist nur in der Phantasie. Und wenn sie schon wirklich sind, so dauern sie nur in Ausnahmefällen über die jeweilige Trennungsstation hinaus. Unter ganz besonderen Glücksumständen mag es mal zu einer diskreten Zwischenstation kommen. Das nennt man dann ein hübsches Intermezzo.

Jeder fährt, ob er's nun glaubt oder nicht, doch nur seine ihm höheren Orts zudiktierte Strecke. Die längste braucht nicht zugleich auch die wertvollste und unterhaltsamste zu sein. Alle münden zuletzt, wie die Speichen eines Rades, in den gleichen Drehpunkt, in die eine unwiderruflich endgültige Schlußstation. Je länger die Fahrt, desto dösiger wird einem davon der Schädel. Die Unmannerien, die Rücksichtslosigkeiten der Mitreisenden fallen einem mehr und mehr auf die Nerven, wie auch das ruckweise Stossen unter uns.

Hin und wieder guckt man noch mal bald links und bald rechts zu den Abteilsternfenstern raus - die auch immer gerade da offen stehen, wo sie geschlossen sein sollten -, beginnt, sich zu langweilen, gähnt ein paarmal und dröseln zuletzt ein....

Und erst am Ziele der Reise bemerkt man zu seinem nicht gelinden Schrecken dass man bei der Ausfahrt versäumt hat, eine Rückfahrkarte zu lösen.

Karl Schneider - de Witt.

Draussen - bei Regenwetter.^x

Die Wolken hängen niedrig überm See.
Kein Segel leuchtet mehr.
Der Strand, an den ich Morgens geh',
Ist nur vom Wind besucht, sonst leer.

Der See schnaubt etwas aufgeregt.
Schon fällt der Regen, ziemlich dick.
Das Boot, im Hafen angelegt,
Zerzt unwillig an Ring und Strick.

Das Panorama ist verwischt.
Das Dorf versank. Nur hier den Wald
Kann man noch seh'n, doch er erlischt,
Da es nun stärker regnet, bald.

Man liebt den Tag von der Veranda aus.
Es ist so still, und man weiss nichts zu tun.
Und auch der Garten vor dem Sommerhaus
Will nach den heissen Tagen nichts als ruh'n.

Der Rasen brinkt, der Wolke so vereint.
Tief neigt sich eine Ulme dort herab.
Man könnte denken! eine Frau, die weint...
Die Rosen blättern langsam ab.

Der Regen singt. Auf der Veranda liegt man da.
Und plötzlich schläft man tief und fest.
Ein Vogel ruft ein paarmal, laut, ganz nah,
Und bleibt dann doch im trocknen Nest.

Kurt Rudolf Neubert

SPD. Amerikanische Kunstbegeisterung.^x Mister Ross kam aus Europa nach seinem Heimatlande Amerika zurück und prahlte mit den vielen Sehenswürdigkeiten, die er besucht hatte.

"Welche Gemälde haben Sie gesehen?" fragte ihn ein Reporter.

"Die Namen und die Maler habe ich mir natürlich nicht merken können", gab Mister Ross Auskunft. "Aber es waren zusammen schätzungsweise dreihundert-siebzehn Kilometer Gemäldegalerie....."

SPD. Rauh, aber herzlich.^x Ein Mann steht mit einem Kleinauto an einer Strassenecke im vornehmsten Berliner Westen und zankt sich mit einem anderen. Der andere schimpft: "Pass uff, die miese olle Klosettbürste, wenn ick dir mal mitsamt deinem albernen Zigarrenkasten von Auto einatme!"

"Einatme! Einatme hat er jesahrt!" schreit der Autobesitzer. "Ick habe nich nötig, Ihre miese verrostete halbe Lunge als Garage zu benutzen!"

SPD. Bleibe treu und wahr, und du wirst viele gute Menschen finden und auch viele halbe Menschen ganz machen.

Ernst Moritz Arndt.